

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
20. Juni 2012
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 PUE-Kennwert (Power Usage Effectivness)
Vorlage: 12/SVV/0365
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.2 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013
Vorlage: 11/SVV/0907
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 3.3 Korruptionsprävention
Vorlage: 12/SVV/0366
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP
- 3.4 Pachtzins für alternative Wohnprojekte
Vorlage: 11/SVV/0874
Fraktion Die Andere
- 3.5 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP)
Vorlage: 12/SVV/0022
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 3.6 Abberufung und Neubestellung der von der Landeshauptstadt Potsdam in den
Aufsichtsrat der SWP entsandten städtischen Vertreter/innen
Vorlage: 12/SVV/0023
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement
Austauschblätter vom 25.01.2012
- 3.6.1 Mehr Transparenz bei der Aufstellung des Haushaltsplanes
Vorlage: 12/SVV/0152
Fraktion DIE LINKE
- 3.7 Motto des Jahres 2014
Vorlage: 12/SVV/0255
Mitglieder mehrerer Fraktionen
zur Erledigung
- 4 Mitteilungen der Verwaltung

- 4.1 Wagenhausburg Hermannswerder Stand der Verhandlungen
- 4.2 Bericht über die Umsetzung des Beschlusses zur Gründung einer Stiftung Freier Uferweg Griebnitzsee
gemäß Beschluss: 12/SVV/0016
- 4.3 Rasenfläche Karl-Liebknecht-Stadion und alternative Betriebsform des Stadions
Vorlage: 12/SVV/0447
Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport
- 4.4 Bericht bezüglich des SV Babelsberg
Rechtsanwalt Herr Götz-Thorsten Friederich
- 4.5 Ausschreibung zur Unterbringung und Betreuung von Fund- und Verwahrtieren
ab dem 01.10.2012
Vorlage: 12/SVV/0472
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 5 Sonstiges
- 5.1 Verträge mit Potsdam TV
- 5.2 Uferweg Speicherstadt

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Schröder eröffnet die Sitzung und teilt mit, dass er die Sitzungsleitung bis zum Eintreffen des Oberbürgermeisters (der an der Vorstandssitzung von „Pro Wissen“ teilnimmt) übernehmen werde.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20. Juni 2012

Herr Schröder stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 13 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend. Bezüglich der öffentlichen Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

Zurückzustellen sind:

- Tagesordnungspunkt 3.4. - Pachtzins für alternative Wohnprojekte, DS 11/SVV/0874, hier sind die Gespräche zwischen der Pro Potsdam und Vertretern der alternativen Wohnprojekte noch immer nicht abgeschlossen. Auf die Bitte von Frau Dr. Müller, darüber zu informieren, welche Gespräche bereits stattgefunden haben, mit wem diese geführt wurden, welchen Inhalt diese hatten und wann sie abgeschlossen sind, sagt Frau

Müller-Preinesberger eine Auflistung der geführten Gespräche zu. Sie betont, dass zu dieser Problematik eine kontinuierliche Gesprächsführung erfolgt sei; allerdings haben beide Seiten vereinbart, hierzu Vertraulichkeit zu wahren.

- Tagesordnungspunkt 4.1, Wagenhausburg Hermannswerder, Stand der Verhandlungen, weil zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses eine diesbezügliche Beschlussvorlage vorgelegt werden solle,
- Tagesordnungspunkt 4.2, Bericht über die Umsetzung des Beschlusses zur Gründung einer Stiftung Freier Uferweg Griebnitzsee gemäß Beschluss: 12/SVV/0016, weil der Projektleiter Herr Dr. Klosa zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses mehr dazu sagen könne,

Der Tagesordnungspunkt 4.4, Bericht bezüglich des SV Babelsberg soll im nicht öffentlichen Teil aufgerufen werden, weil Rechtsanwalt Friederich über Vereinsinterna berichten werde.

Der Tagesordnungspunkt 11.5, Informationen zu "NowaWiese und Platztausch mit der Stiftung" soll auf Antrag der Fraktion Die Andere im öffentlichen Teil behandelt werden.

Herr Sändig beantragt dazu, den Tagesordnungspunkt 11.5 als ersten unter Mitteilungen der Verwaltung aufzurufen, da hierzu ein Rederecht beantragt werde und die Gäste dann nicht so lange warten müssen.

Herr Dr. Scharfenberg fragt, warum der Tagesordnungspunkt 11.6, Bericht über den Stand der Zielerreichung der ProPotsdam GmbH, Vorlage: 12/SVV/0460, nicht öffentlich behandelt werden müsse. Er plädiert dafür, diesen Punkt zurückzustellen und die Verwaltung mit der Prüfung zu beauftragen, was von dieser Mitteilungsvorlage öffentlich behandelt werden könne. Herr Exner spricht sich unter Verweis auf den Zusammenhang mit Tagesordnungspunkt 11.7 dagegen aus.

Im Weiteren verweist Herr Dr. Scharfenberg darauf, dass in der letzten Sitzung eine Information bezüglich der Biosphäre und zur Durchwegung Schäferfeld zugesagt worden sei.

Die vorgeschlagenen Änderungen bezüglich der Tagesordnungspunkte 3.4, 4.1, 4.2, 4.4 und 11.5 werden mehrheitlich angenommen.

Der Vorschlag, den Tagesordnungspunkt 11.6 zurückzustellen und wo zulässig in der nächsten Sitzung öffentlich zu beraten, wird mit 9 Ja-Stimmen, bei einer Gegenstimme und einer Stimmenthaltung **angenommen**.

Gegen die so geänderte Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch.

Dem Antrag auf Rederecht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Tagesordnungspunkt 3.1 für Herrn Zahn wird mit 11 Ja-Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen zugestimmt.

Dem Antrag auf Rederecht der Fraktion Die Andere zum Tagesordnungspunkt 11.5 wird einstimmig zugestimmt.

Gegen die Niederschrift der 73. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 20. Juni 2012 erhebt sich kein Widerspruch.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 PUE-Kennwert (Power Usage Effectiveness)

Vorlage: 12/SVV/0365

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Eingangs erhält Herr Zahn Rederecht und erläutert an Hand einer visuellen

Darstellung den PUE-Wert und in diesem Zusammenhang die Effizienzbewertung von Rechenzentren. Anschließend bringt Herr Schüler namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag ein und betont, dass dieser auf die Erhöhung der Effektivität der IT in der Stadtverwaltung abziele.

Herr Exner betont, dass der Antrag sehr verbindlich formuliert sei und die Ermittlung von Kennzahlen auch Geld kosten werde, so dass sich die Frage von Kosten und Nutzen stelle. Er schlägt vor, das Anliegen als Prüfauftrag zu formulieren, in den Punkt 6 des Eckwertebeschlusses „einzubauen“ und in diesem Kontext zu betrachten. Daraus folgend, schlägt er folgende Änderung des Beschlusstextes vor:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für alle städtischen Rechenzentren die Ermittlung des PUE-Kennwertes im Rahmen der Maßnahme Nr. 6 „Ausbau und Erneuerung der IT-Infrastruktur“ gemäß Anlage 1 des Eckwertebeschlusses für die Planung des Haushaltsjahres 2013 (DS 11/SVV/0907) in der Fassung der Empfehlung des Ausschusses für Finanzen vom 23.05.2012 zu prüfen.

In der weiteren Diskussion führt Frau Dr. Müller aus, dass ihr in diesem Antrag die Konsequenzen fehlen, wenn die geforderten Daten vorliegen. Herr Schüler entgegnet, dass die Erhebung der Kennziffern nur ein erster Schritt sei und dies dazu dienen solle, Energie einzusparen. Die Frage der Konsequenzen ergebe sich nach Vorlage der ersten Ergebnisse, werde aber auf den Austausch der größten Energieverschwender hinauslaufen. Herr Schultheiß spricht sich für einen Prüfauftrag aus und meint, dass Kosten und Nutzen hier in keinem Verhältnis stehen. Auf Bitte von Herrn Schröder erläutert Herr Dr. Pokorny den technischen Ausstattungsgrad in der Verwaltung und den Aufwand zur Feststellung der Kennwerte. Er betont, dass sich die Verwaltung über „Green-IT“ dem Anliegen stelle und spricht sich ebenfalls dafür aus, dies im Rahmen des Eckwertebeschlusses zu tun.

Da Herr Schüler den vorgeschlagenen Änderungsantrag nicht übernimmt, wird der Antrag in der von Herrn Exner vorgeschlagenen Fassung zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für alle städtischen Rechenzentren die Ermittlung des PUE-Kennwertes im Rahmen der Maßnahme Nr. 6 „Ausbau und Erneuerung der IT-Infrastruktur“ gemäß Anlage 1 des Eckwertebeschlusses für die Planung des Haushaltsjahres 2013 (DS 11/SVV/0907) in der Fassung der Empfehlung des Ausschusses für Finanzen vom 23.05.2012 zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 2
Stimmenthaltung: 3

zu 3.2 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013

Vorlage: 11/SVV/0907

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Herr Exner empfiehlt, der vom Ausschuss für Finanzen vorgeschlagenen Fassung zu folgen. Herr Dr. Scharfenberg und Herr Schubert diskutieren die

Auswirkungen des damit aufzustellenden Doppelhaushaltes auf den Bürgerhaushalt sowie die Frage, inwieweit sich die jetzige und die neu zu wählende Stadtverordnetenversammlung mit der strategischen Haushaltsaufstellung befassen müssen. In diesem Zusammenhang plädiert Herr Dr. Scharfenberg für die Schaffung von Zwischenstationen und dafür, den Haushalt 2015/16 so weit wie möglich noch in der laufenden Wahlperiode vorzubereiten. Herr Schubert entgegnet, dass sich die „alte“ Stadtverordnetenversammlung im Frühjahr 2014 mit dem Beginn des Verfahrens befassen und die „neue“ Stadtverordnetenversammlung eine Entscheidung im Herbst treffen werde. Er sehe darin einen Vorteil, weil sich beide Verfahren aufeinander einspielen könnten.

Herr Schröder betont, dass dem Beschlussvorschlag jetzt zugestimmt werden müsse, damit die Verwaltung dementsprechend beauftragt werde und daran arbeiten könne. Außerdem sei mit der Fassung aus dem Ausschuss für Finanzen auch eine Berichterstattung im Oktober dieses Jahres vorgesehen.

Im Weiteren bringt Herr Schultheiß den Änderungsantrag der Potsdamer Demokraten ein und betont, dass der Haushaltskonsolidierung eine Vielzahl von Ausgaben entgegenstehe und seine Fraktion deshalb vorschläge, diese einzufrieren.

Der Änderungsantrag der Fraktion Potsdamer Demokraten wird mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung gestellt und mit 10 Nein-Stimmen, bei einer Ja-Stimme und 3 Stimmenthaltungen **abgelehnt**:

Die Ziff. 1, dritter Aufzählungspunkt, erhält folgende Fassung:

Die beigefügten Budgetvorgaben für den OB und die Geschäftsbereiche (Anlage 2) werden auf dem Stand des Jahres 2012 eingefroren.

Hiervon ausgenommen sind lediglich die auf Grund der Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes vorgesehenen Steigerungen.

Auf Nachfrage von Herrn Schröder, ob sich die von Herrn Jäkel beantragte Änderung,

in der Anlage 4, Seite 2, den Punkt d) „Abschaffung des Begrüßungsgeldes für Studenten zu streichen.

erledigt habe, da sich dieser auf die erste Fassung des Eckwertebeschlusses beziehe, verneint Herr Dr. Scharfenberg.

Anschließend wird der o. g. Änderungsantrag zur Abstimmung gestellt und mit 7 Nein-Stimmen, bei 5 Ja-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen **abgelehnt**.

Der Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU/ANW, Bündnis 90/Die Grünen und FDP wird mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. *Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zur Stadtverordnetenversammlung im Oktober 2012 einen Eckwertebeschluss für die Planung der Haushaltsjahre 2013 / 2014 vorzulegen. Dazu sind die Planwerte der mittelfristigen Ergebnisplanung fortzuschreiben.*
2. *Ziel der Ergebnis- und Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2013 / 2014 ist:*
 - *die Erreichung des Haushaltsausgleichs in 2015,*
 - *die Erwirtschaftung eines Überschusses ab 2016.*
3. *Der in der mittelfristigen Ergebnisplanung für das Haushaltsjahr 2013*

ausgewiesene Fehlbedarf soll nicht überschritten werden.

4. Zur Erreichung des Haushaltsausgleiches im Jahr 2015 sollen die in der Anlage vorgelegten Maßnahmen geprüft und der Stadtverordnetenversammlung in einem Bericht bis Oktober 2013 vorgelegt werden. Wird mit den in der Anlage vorgelegten Maßnahmen der Haushaltsausgleich 2015 nicht erreicht, so wird die Verwaltung beauftragt, weitere Maßnahmen zu entwickeln und der Stadtverordnetenversammlung mit dem Bericht zur Entscheidung vorzulegen.
5. Die Umstellung auf die strategische Haushaltsaufstellung erfolgt mit dem Haushaltsentwurf 2015.
6. Die Erarbeitung von strategischen Zielen für die Stadt erfolgt auf der Grundlage der in den letzten Jahren beschlossenen Konzepte. Diese werden zu einer Gesamtstrategie unter Auflösung von Zielkonflikten und Überprüfbarkeit der finanziellen Realisierungsmöglichkeiten zusammengeführt. Die Ziele werden mit den Bürgerinnen und Bürgern als Grundlage für die zukünftige strategische Haushaltsführung in einem prozessbegleitenden Verfahren entwickelt. Die Ziele werden vor Beginn der Eckwerteberatung für den Haushalt 2015 durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen.
7. Für die Haushaltsplanung werden folgende Termine festgelegt:

SVV-Termin	Maßnahme
Juni 2012	Grundsatzbeschluss und Vorlage Jahresabschluss 2009
Oktober 2012	Vorlage des Eckwertebeschlusses und des Prüfberichtes über Maßnahmen zur Erreichung des Haushaltsausgleiches im Jahr 2015
Dezember 2012	Vorlage eines Berichtes über den vorläufigen Ist-Stand für den Jahresabschluss 2010 im Finanzausschuss
Januar 2013	Einbringung des Entwurfes der Satzung für den Doppelhaushalt 2013/2014
März 2013	Vorlage des geprüften Jahresabschlusses 2010 und Beschluss des Doppelhaushaltes 2013/2014
Juli (HA) 2013	Vorlage der korrigierten Eröffnungsbilanz und der fehlenden Jahresabschlüsse

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 5

zu 3.2.1 **Mehr Transparenz bei der Aufstellung des Haushaltsplanes**
Vorlage: 12/SVV/0152
Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg sagt zu, dass dieser Antrag **zurückgezogen** werde, wenn die Stadtverordnetenversammlung dem Eckwertebeschluss zustimme.

zu 3.3 Korruptionsprävention

Vorlage: 12/SVV/0366

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP

Der Oberbürgermeister übernimmt die Sitzungsleitung.

Herr Schüler bringt den Antrag ein. Herr Erdmann verweist anschließend darauf, dass an dem Anliegen gearbeitet werde, dies aber auf Grund des Weggangs von Frau Rademacher in den Fachbereich Bildung und Sport etwas mehr Zeit in Anspruch nehmen werde. Dann, so Herr Schüler, könne auch über den Antrag abgestimmt werden, wenn die Verwaltung sowieso daran arbeite. Herr Dr. Scharfenberg spricht sich dagegen aus, weil damit ein unendliches Feld nicht erforderlicher Anträge eröffnet werde. Frau Dr. Müller meint, dass der Antrag für sie ein „Schuss ins Blaue“ sei. Sie meint, es müsse ein Mechanismus eingebaut werden, der eine Kontrolle ermöglicht.

Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters wird Herr Schüler nach der Berichterstattung zur Korruptionsprävention 2011/2012 über das weitere Verfahren mit dem Antrag entscheiden.

Nachdem der Bericht zur Kenntnis genommen wurde, bittet er, den Antrag **zurückzustellen**, um mit seiner Fraktion darüber beraten zu können; dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

zu 3.4 Pachtzins für alternative Wohnprojekte

Vorlage: 11/SVV/0874

Fraktion Die Andere

zurückgestellt

zu 3.5 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP)

Vorlage: 12/SVV/0022

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Die Tagesordnungspunkt 3.5 und 3.6 werden vom Oberbürgermeister gemeinsam aufgerufen. Er betont eingangs, dass diese bislang zurückgestellt wurden, weil eine entsprechende Stellungnahme der Kommunalaufsicht fehlte. Diese liege nun vor und wurde den Fraktionen am vergangenen Montag zur Kenntnis gegeben; allerdings werfe diese Fragen auf. Darauf Bezug nehmend führt Herr Exner aus, dass der Inhalt des Schreibens „eine 180-Grad-Wendung“ der Kommunalaufsicht bedeute – auch hinsichtlich der bisherigen Genehmigungsverfahren. Der nun notwendigen Klärung werde die Verwaltung nachgehen; wenn sich die offenen Fragen nicht klären lasse, müsse man sehen, was daraus folge.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass die Vorlage schon sehr „alt“ sei und seitdem eine umfangreiche Diskussion dazu geführt wurde. Für ihn sei die Stellungnahme der Kommunalaufsicht nicht überraschend, so dass er vorschlage, das, was rechtlich nachvollziehbar ist, auch umzusetzen und nicht mit der

Kommunalaufsicht zu streiten. Er verweist im Weiteren darauf, dass die an die Kommunalaufsicht geleitete Vorlage ohne Kenntnis der Stadtverordneten verändert worden sei. Die bezüglich der Pro Potsdam getroffene Feststellung, die Zusammensetzung verstoße gegen die Kommunalverfassung, sollte geprüft und umgesetzt werden.

Der Oberbürgermeister verweist abschließend darauf, dass auch die Änderungen der Gesellschaftsverträge durch die Kommunalaufsicht genehmigt wurden und er am 09.08.12 ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter habe, um das zu besprechen. Auch er sei für eine schnelle Klärung und Umsetzung.

Gegen den Vorschlag, die Tagesordnungspunkte **3.5 und 3.6 zurückzustellen** erhebt sich kein Widerspruch.

zu 3.6 Abberufung und Neubestellung der von der Landeshauptstadt Potsdam in den Aufsichtsrat der SWP entsandten städtischen Vertreter/innen

Vorlage: 12/SVV/0023

Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement

Austauschblätter vom 25.01.2012

zurückgestellt

zu 3.7 Motto des Jahres 2014

Vorlage: 12/SVV/0255

Mitglieder mehrerer Fraktionen

zur Erledigung

Der Oberbürgermeister betont, dass er empfehle, diesem Vorschlag nicht zu folgen, weil die Jahre 2013 und 2014 unter besonderen Vorzeichen stehen.

Anschließend erläutert Frau Dr. Sommer, warum die Stadt im Jahr 2014 anlehnend an die Deutsche Zentrale für Tourismus ein UNESCO-Jahr plane und den Ortsvorstehern ein Angebot unterbreitet wurde, im Jahr 2013 anlässlich 10 Jahre Eingemeindung Veranstaltungen in den Ortsteilen zu planen. Dabei sollen auch die Jubiläen der Ortsteile Uetz und Marquardt Berücksichtigung finden. Der Wahrnehmung, die Ortsteile würden unter der Stadt Potsdam „ächzen“, weil Gebühren gestiegen und die Infrastruktur nicht wunschgemäß entwickelt werde, könne man nicht mit kommunikativen Mitteln begegnen. Gleichzeitig spricht sie sich dafür aus, dass die Ortsteile selbst aktiv werden und sich einbringen müssen und sich eine stärkere Kooperation mit den Ortsteilen aus Potsdam heraus entwickle.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Schröter, was mit Vertretern der Ortsteile besprochen wurde und ob es dazu Einverständnis gegeben habe, entgegnet der Oberbürgermeister, dass ihm in der Beratung mit den Ortsvorstehern Zustimmung zu der vorgeschlagenen Alternative signalisiert worden sei, zumal im Jahr 2013 als Thema „Stadt der Wissenschaft“ gewählt wurde. Außerdem wäre es fatal, wenn sich die Landeshauptstadt als eine der wichtigsten UNESCO-Stätten 2014 nicht beteiligen würde.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass der Antrag Ausdruck eines Defizits in den Ortsteilen sei und mit einem Themenjahr ein „echter Schub“ erreicht werden könne. Deshalb sollte überlegt werden, wie der ländliche Raum in das Themenjahr 2014 einbezogen werden könne, wie z. B. mit der Lennéschen Feldflur.

Der vom Oberbürgermeister vorgeschlagene geänderte Beschlusstext wird mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss beschließt:

Der ländliche Raum und damit die Ortsteile werden ausdrücklich in die kommenden thematischen Schwerpunkte (2013: Wissenschaft für die Zukunft, 2014: UNESCO) eingebunden; in diesem Rahmen sind Veranstaltungen in den Ortsteilen anzusiedeln.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10
Ablehnung: 1
Stimmenthaltung: 4

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 11.5 Informationen zu "NowaWiese und Platztausch mit der Stiftung"

Eingangs erhält Herr Kallenbach, Vorsitzender des SV Concordia Nowawes 06, das Rederecht. Er erläutert den Sachstand und betont, dass eine Umsetzung bisher am Veto der Schlösserstiftung gescheitert sei.

Der Oberbürgermeister schließt daran an und betont, dass das Defizit an Sportflächen bekannt sei und die wenigen zur Verfügung stehenden Flächen übernutzt werden. Trotzdem könne die Stadt nicht allein bestimmen und müsse sich mit der Stiftung einigen. Dazu habe es eine Abstimmung und Standortvorschläge gegeben, die derzeit geprüft würden. Hinzu komme, dass sich die Stiftung mit ICOMOS und UNESCO abstimmen müsse; beide hätten bislang abgelehnt. Der nächste Gesprächstermin mit ICOMOS finde Ende September statt und zu diesem Termin wolle man bezüglich der neuen Vorschläge ins Gespräch kommen. Sollte es keine Einigung geben, müsse die Ministerin entscheiden und das könne so oder so ausgehen. Deshalb hoffe er, eine Einigung zu erzielen und, dass das Argument fehlender Sportplätze den Ausschlag gebe, zumal die betroffene Fläche auch nicht gestaltet sei. Herr Klipp verweist in seinen Ausführungen auf zahlreiche Unterstützer für dieses Anliegen, u. a. auch die Untere Denkmalbehörde. Herr Schulheiß gibt zu bedenken, dass die Frage der Sichtachsen für die Stiftung problematisch sein könne. Bestimmte Anforderungen, so der Oberbürgermeister, müssen erfüllt werden, um den Platz für Ligaspiele zuzulassen. Herr Sändig merkt abschließend an, dass der Fußballverein Flächen anmieten müsse, wenn keine Lösung gefunden werde. Das wiederum hätte Auswirkungen auf die Nachwuchsarbeit des Vereins und werde diesen finanziell stark belasten.

zu 4.1 Wagenhausburg Hermannswerder Stand der Verhandlungen

zurückgestellt

zu 4.2 Bericht über die Umsetzung des Beschlusses zur Gründung einer Stiftung Freier Uferweg Griebnitzsee gemäß Beschluss: 12/SVV/0016

zurückgestellt

zu 4.3 Rasenfläche Karl-Liebknecht-Stadion und alternative Betriebsform des Stadions

Vorlage: 12/SVV/0447

Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport

Der Oberbürgermeister erläutert, dass in der Mitteilungsvorlage die Ergebnisse bezüglich alternativer Betriebsformen der Stadionbetreuung zusammengefasst seien und die Beibehaltung der derzeitigen Betreuung empfohlen werde. Ergebnisse des in Auftrag gegebenen Gutachtens sollen Mitte August vorliegen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.5 Ausschreibung zur Unterbringung und Betreuung von Fund- und Verwahrtieren ab dem 01.10.2012

Vorlage: 12/SVV/0472

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Frau Müller-Preinesberger bringt die Mitteilungsvorlage ein. Herr Dr. Scharfenberg regt anschließend an, statt des Tierheimbeirates den Hauptausschuss mit der Begleitung des Verfahrens zu beauftragen. Frau Müller-Preinesberger verweist darauf, dass der Tierheimbeirat per Beschluss der Stadtverordnetenversammlung einzubeziehen ist; der Hauptausschuss könne zusätzlich involviert werden. Auf seine Nachfrage bezüglich der für August zugesagten Vorlage zum SAGO-Gelände teilt sie mit, dass diese in der September-Sitzung vorgelegt werde.

Gegen den Vorschlag, den Hauptausschuss in das Verfahren zu involvieren, erhebt sich kein Widerspruch.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5 Sonstiges

zu 5.1 Verträge mit Potsdam TV

Herr Dahlmann informiert, dass der Vertragspartner hinsichtlich einer Zustimmung angefragt wurde und dieser sich auf seine schützenswerten Interessen berufen habe, so dass keine Auskünfte erteilt werden können. Herr Dr. Scharfenberg betont, dass diesbezügliche Auskünfte erteilt werden müssen und er dies ggf. auf anderem Wege erzwingen werde, denn es gebe keinen belastbaren Grund, so zu verfahren. Frau Bankwitz merkt an, dass sie sich nicht ernst genommen fühle und das nach einem Jahr Transparenzkommission. Die Stadtverordneten tragen auch dafür Verantwortung und es muss ihnen gestattet sein, solche Vorhaben der Stadt hinterfragen zu dürfen.

Der Oberbürgermeister betont, dass er sich an vertragliche Vereinbarungen halten werde und es bezüglich Potsdam TV nur Überlegungen und keine Entscheidungen gegeben habe, die sowieso der Stadtverordnetenversammlung obliegen würden. Diese Überlegungen seien vom Tisch – auch nachdem Vertreter der Fraktionen ihre Meinung dazu geäußert haben.

Auf die Frage von Frau Bankwitz nach den Beweggründen für eine Beteiligung der Stadt an einem TV-Sender antwortet Herr Dahlmann, dass private Dritte mit

der Frage auf die Stadt zugekommen seien, ob man sich das vorstellen könne. Deshalb habe es eine Rückkopplung mit dem politischen Raum gegeben. Ansonsten bestehen die Verträge schon immer in der Form – das sei nichts Neues.

Herr Schultheiß merkt an, dass er die Entwicklung bedauere, die nicht den Ergebnissen der Transparenzkommission entspreche. Darauf Bezug nehmend unterstreicht der Oberbürgermeister, dass die Transparenzkommission deutlich zwischen Sponsoring und Leistungsverträgen unterschieden habe und es sich hier um einen Leistungsvertrag handele.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass mit dem Agieren des Oberbürgermeisters Misstrauen geschürt werde. Um das auszuräumen, sollte offen darüber gesprochen werden, denn bevor über das Vorhaben diskutiert werden konnte, wurde es bereits zurückgezogen. Sollte der Oberbürgermeister dem nicht folgen, werde dazu in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.08.2012 eine Abstimmung herbeigeführt. Herr Schubert spricht sich dafür aus, die Rechte der Gesellschafterversammlung zu prüfen, denn die können nach § 97 Abs. 7 BbgKVerf nicht durch den Schutz von Interessen Dritter „ausgehobelt“ werden.

zu 5.2 Uferweg Speicherstadt

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf diesbezügliche Presseinformationen, dass es keinen Uferweg geben könne, weil rechtliche „Dinge“ dagegen sprechen. Die Fraktion DIE LINKE habe für die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung einen Antrag mit der DS 12/SVV/0531 eingereicht, der den Beschluss aus dem Jahr 2008 bekräftigen und den Oberbürgermeister beauftragen solle, Abstimmungen mit dem Land und Gespräche mit dem Investor zu führen.

Auf seine Nachfrage zum Sachstand führt Herr Klipp aus, dass die Verwaltung zu diesem Themenkomplex eine Beschlussvorlage vorbereite, in der detailliert die Vorgeschichte und die rechtliche Würdigung dargestellt und vorgeschlagen werde, den Beschluss aus dem Jahr 2008 aufzuheben, weil die Verwaltung keine Möglichkeit der Umsetzung sehe. Die Verhandlungen der Stadt seien an der Entscheidung bzw. prinzipiellen Ablehnung des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz gescheitert. Weitere Verzögerungen bezüglich der Speicherstadt seien nicht mehr hinnehmbar, weil die Gefahr verfallender Fördermittel bestehe. Deshalb werde in der Vorlage ein Alternativvorschlag unterbreitet. Er bedauere, dass eine Verschwenkung des Uferweges erfolgen müsse, was die Stadt „zurückwerfe“ und die Attraktivität minimiere. Herr Schubert betont in seinen Ausführungen, dass er den Antrag der Fraktion DIE LINKE nicht verstehen könne, weil dieser die Meinung des MUGV ignoriere. Die Ablehnungsgründe des Ministeriums seien „wasserdicht“ und geben der Stadt keine andere Möglichkeit. Er bittet, den „Rest“ des Beschlusses aus dem Jahr 2008, was die Pflege der Uferwege usw. betreffe, aber umzusetzen.

Gegen die Empfehlung des Oberbürgermeisters, die Diskussion fortzusetzen, wenn die o. g. Vorlage der Verwaltung vorliege, erhebt sich kein Widerspruch.

neu Besetzung der Stelle des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass die Ausschreibung sowohl in der örtlichen Presse als auch in Fachzeitschriften und online erfolgt sei.